

# Agrarfrage weiter Polit-Reizthema

**Innsbruck** – Nachdem der Verfassungsdienst des Bundeskanzleramtes den Landtags-Gesetzesentwurf zur Tiroler Agrarfrage wegen rechtlicher Bedenken für nicht beschlussreif hält, hagelt es Polit-Reaktionen.

Während VP-Gemeindereferent LR Hannes Tratter die Meinung seiner Partei voll bestätigt sieht und von einem „Husch-Pfusch-Gesetz der vereinigten Agraropposition“ spricht, gehen die Tiroler SPÖ und die Grünen naturgemäß

in eine ganz andere Richtung. So ortet SP-Klubobmann Hans-Peter-Bock bei der ÖVP Verzögerungstaktik und zitiert den BKA-Verfassungsdienst damit, dass „eine Rückübertragung des Gemeindeguts grundsätzlich möglich ist und die Konfliktlösung im öffentlichen Interesse liegt“. Für die Grünen attestiert LA Georg Willi der ÖVP Realitätsverweigerung. Die von der VP nun zitierte Lösung einer „Hauptteilung“ komme im BKA-Text überhaupt nicht vor. *(fell)*